

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis XXIII
Literaturverzeichnis XXVII

1. Kapitel. Regelungsgegenstand und Rechtsquellen des Strafrechts

I. Der Regelungsgegenstand des Strafrechts 1
1. Der Begriff der Strafe 1
a) Die öffentlich-rechtliche Natur der Strafe 1
b) Die repressive Natur der Strafe 3
2. Die Unterscheidung der Kriminalstrafe von anderen staatlichen Strafen 4
a) Die Abgrenzung zu den Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts 4
b) Die Abgrenzung zu den Disziplinarmaßnahmen, Ordnungsmitteln und prozessualen Zwangsmitteln 6
II. Das strafrechtliche Regelungssystem 7
1. Die gesetzliche Regelung des materiellen Strafrechts 8
2. Die gesetzliche Regelung des Strafprozessrechts 9
3. Die gesetzliche Regelung des Jugendstrafrechts 9
III. Europäisches und Internationales Strafrecht 10
1. Europäisches Strafrecht 10
2. Völkerstrafrecht 15

2. Kapitel. Der Zweck der Strafe

I. Die traditionellen Straftheorien 18
1. Die absolute Straftheorie (Kant, Hegel) 18
2. Die generalpräventive Theorie (Feuerbach) 20
3. Die spezialpräventive Theorie (v. Liszt) 22
II. Die Theorie positiver Generalprävention 24

3. Kapitel. Das Schuldprinzip

I. Grundlagen 29
II. Das Erfordernis selbstbestimmten Verhaltens („formelles“ Schuldprinzip) 30
1. Der Begriff der Selbstbestimmungsfähigkeit 31
2. Verantwortlichkeit von Personenverbänden oder Unternehmen? 33
III. Das Erfordernis materiellen Unrechts (materieller Verbrechensbegriff) 35
1. Möglichkeit und Grenzen eines materiellen Unrechtsbegriffs 36
2. Der Begriff des Rechtsguts 37
3. Die verschiedenen Stadien des Rechtsgüterschutzes 38
4. Die Legitimation der abstrakten Gefährdungsdelikte 39
5. Durchbrechungen des Rechtsgüterschutzprinzips 40
IV. Das Erfordernis nachgewiesener Schuld (der Grundsatz „in dubio pro reo“) 42

4. Kapitel. Das Gesetzlichkeitsprinzip und der Richtervorbehalt

I. Das Gesetzlichkeitsprinzip: „nullum crimen, nulla poena sine lege“	46
1. Herkunft und Grundgedanke	46
2. Die einzelnen Ausprägungen des Gesetzlichkeitsprinzips	48
a) Das Erfordernis eines geschriebenen Gesetzes („lex scripta“)	48
b) Das Erfordernis eines hinreichend bestimmten Gesetzes („lex certa“)	49
aa) Grund und Grenzen der Bestimmtheit	49
bb) Die Relativierung des Bestimmtheitsgebots durch Rechtsprechung und Lehre	50
cc) Die Bestimmtheit der Strafdrohung	53
c) Das Verbot einer Überschreitung des Gesetzeswortlautes („lex stricta“)	54
d) Das Erfordernis eines zur Zeit der Tat geltenden Gesetzes („lex praevia“)	57
3. Der Geltungsbereich des Gesetzlichkeitsprinzips	59
II. Der Richtervorbehalt	63

5. Kapitel. Der zeitliche und räumliche Geltungsbereich der Strafgesetze

I. Die zeitliche Geltung (§ 2 StGB)	64
1. Das Prinzip der Anwendung des mildesten Gesetzes	64
2. Die gesetzliche Bestimmung des Tatzeitpunkts	65
3. Die Sonderregelung für die Maßregeln der Besserung und Sicherung	66
II. Die räumliche Geltung des deutschen Strafrechts (§§ 3–7 StGB)	66
1. Grundlagen	66
2. Im Inland und auf deutschen Schiffen oder Luftfahrzeugen begangene Taten	68
3. Die Geltung des deutschen Strafrechts für Auslandstaten	69
a) Unabhängig vom Recht des Tatorts (§§ 5, 6 StGB, § 1 VStGB)	70
b) Geltung für Auslandstaten nach § 7 StGB	70
4. Die Einschränkung der Verfolgungspflicht für Straftaten mit Auslandsberührung	71
III. Die räumliche Geltung von Landesstrafrecht (interlokales Strafrecht)	71

6. Kapitel. Die strafrechtlichen Rechtsfolgen

I. Die Strafen	73
1. Die Freiheitsstrafe	73
a) Die Arten der Freiheitsstrafe	73
b) Die Aussetzung der Freiheitsstrafe zur Bewährung	74
c) Die Aussetzung eines Strafrestes zur Bewährung	75
2. Die Geldstrafe	77
3. Das Fahrverbot	78
4. Die Bemessung und Auswahl der Strafen	78
II. Die übrigen Rechtsfolgen	81
1. Die Maßregeln der Besserung und Sicherung	81
2. Statusfolgen	86
3. Einziehung	86

7. Kapitel. Einführung in die allgemeine Straftatlehre

I. Gegenstand und Funktion der allgemeinen Lehre von der Straftat	89
II. Der Aufbau der Straftat	91
III. Die allgemeinen Formen der Straftat	93
1. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	93
2. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	94
3. Vollendung, Versuch und Vorbereitung	95
4. Täterschaft und Teilnahme	95
IV. Die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen	96

8. Kapitel. Der Aufbau des Tatbestands

I. Die Handlung als Grundlage der Tatbestandsprüfung	98
1. Der Begriff der Handlung	98
2. Die Identität der Handlung	100
II. Die Unterscheidung von objektivem und subjektivem Tatbestand	101
III. Die Merkmale des objektiven Tatbestands	103
1. Erfolgs- und Tätigkeitsdelikte	103
2. Weitere Deliktseinteilungen	105
IV. Die Merkmale des subjektiven Tatbestands	106
1. Der Tatbestandsvorsatz	106
2. Auf die Rechtsgutsverletzung gerichtete Absichten	107
3. Sonstige Beweggründe und sogenannte Gesinnungsmerkmale	108

9. Kapitel. Die Kausalität der Handlung für den Erfolg

I. Die Unterscheidung von Kausalität und objektiver Zurechnung	110
II. Der Begriff der Kausalität	111
1. „Conditio-sine-qua-non“ oder „gesetzmäßige Bedingung“?	111
2. Die alternative Kausalität	113
3. Die Berücksichtigung hypothetischer Kausalverläufe	115
a) Beschreibung und Abgrenzung des Problems	115
b) Die Bestimmung der Identität des Erfolgs	117
c) Die Behandlung von Reserveursachen und Reservehandlungen	119
4. Ergebnis	121
III. Die Feststellung der Kausalität	123
1. Die allgemeine Struktur der Kausalitätsfeststellung	123
2. Konsequenzen für typische Problemkonstellationen	124
a) Psychisch vermittelte Kausalität	124
b) Statistische Kausalitätsfeststellung	124
c) Die Feststellung hypothetischer Kausalverläufe	125

10. Kapitel. Die objektive Zurechnung

I. Begriff und allgemeine Voraussetzungen	126
II. Das rechtlich missbilligte Risiko	127
1. Der Ausschluss unerheblicher Risiken	127
2. Aufgrund überwiegender Interessen generell erlaubte Risiken	127
3. Die Bewertung durch das Verhalten Dritter vermittelter Risiken	130
4. Durch Handlungen des Verletzten vermittelte Risiken	131

III. Die Realisierung des rechtlich missbilligten Risikos	133
1. Realisierung unerheblicher Risiken	134
2. Realisierung aufgrund überwiegender Interessen generell erlaubter Risiken	134
3. Realisierung durch Handlungen Dritter vermittelter Risiken	135
4. Realisierung durch Handlungen des Verletzten vermittelter Risiken ..	136
5. Der sog. Pflichtwidrigkeitszusammenhang	138
IV. Das der Risikobeurteilung zugrunde zu legende Wissen	140

11. Kapitel. Der Tatbestandsvorsatz

I. Der Vorsatz als bewusste Entscheidung für das tatbestandliche Geschehen	143
1. Die Unterscheidung zwischen Vorsatz und Unrechtsbewusstsein	143
2. Die Handlung als maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt	144
3. Das für den Vorsatz erforderliche Verwirklichungsbewusstsein	146
II. Die psychische Struktur des Vorsatzes	147
1. Die Vorsatzformen	147
a) Die Unterscheidung der verschiedenen Vorsatzformen	147
b) Die rechtliche Bedeutung der Unterscheidung verschiedener Vorsatzformen	148
2. Die Abgrenzung zwischen bedingtem Vorsatz und Fahrlässigkeit	150
a) Erfordernis eines voluntativen Vorsatzelements?	150
b) Notwendigkeit einer qualifizierten Möglichkeitsvorstellung?	152
c) Die Feststellung des Vorsatzes	153
d) Verzicht auf die Abgrenzung de lege ferenda?	154
III. Der Gegenstand des Vorsatzes	154
1. Der Begriff des Tatbestandsirrtums	154
2. Der Vorsatzinhalt bei „normativen Tatbestandsmerkmalen“	155
3. Der Vorsatzinhalt bei Blankettmerkmalen	156
4. Der Vorsatzinhalt bei die Tat bewertenden Merkmalen	158
IV. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zum Vorsatz	159
1. Abweichungen vom vorgestellten Kausalverlauf	160
2. Der Irrtum über das Tatobjekt	163
a) Error in persona vel objecto	163
b) Die aberratio ictus	164
c) Der Wechsel des Tatobjekts während der Tat	166

12. Kapitel. Die Fahrlässigkeit

I. Die Parallelität von Vorsatz und Fahrlässigkeit	167
1. Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit	167
2. Die Notwendigkeit einer individuellen Beurteilung	168
3. Zeitpunkt der Erkennbarkeit	170
II. Die Voraussetzungen der Erkennbarkeit	171
1. Das notwendige Erfahrungswissen	171
2. Die notwendige Kenntnis der Tatsachenbasis	172
3. Die notwendige Zeit	173
III. Die Formen der Fahrlässigkeit	174

1. Die verschiedenen Grade der Fahrlässigkeit	174
2. Die sog. bewusste Fahrlässigkeit	174
IV. Der Gegenstand der Fahrlässigkeit	175
V. Die Zurechnung des eingetretenen Erfolgs zur Fahrlässigkeit	175

13. Kapitel. Überblick über die Rechtfertigungsgründe

I. Die Einteilung der Rechtfertigungsgründe	177
II. Die Rechtfertigung im Interesse des Betroffenen	177
1. Einwilligung	177
2. Mutmaßliche Einwilligung	179
3. Sorgerecht	180
III. Die Rechtfertigung im Interesse anderer oder der Allgemeinheit	181
1. Die Amtsrechte	181
2. Die Notrechte des Bürgers	181
a) Die Notwehr und die Besitzwehr	182
b) Der Defensivnotstand	182
c) Der Aggressivnotstand	183
d) Das Selbsthilferecht	183
e) Das Festnahmerecht	184

14. Kapitel. Allgemeine Rechtfertigungslehre

I. Der Gegenstand der Rechtfertigung	186
1. Die Teilbarkeit des Rechtswidrigkeitsurteils	186
2. Die Handlung als alleiniger Bezugspunkt des Rechtswidrigkeitsurteils	187
II. Der Aufbau der Rechtfertigung	188
1. Der objektive Erlaubnistatbestand	188
a) Der tatsächlich vorliegende Sachverhalt als Grundlage der Beurteilung	188
b) Besonderheiten bei den Amtsrechten	190
2. Der subjektive Erlaubnistatbestand	191
a) Die Kenntnis der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen	191
b) Notwendigkeit einer besonderen Rechtfertigungsmotivation?	194
III. Der Irrtum über den Erlaubnistatbestand	195
1. Die Unkenntnis rechtfertigender Umstände	196
2. Die irrtümliche Annahme rechtfertigender Umstände	197
a) Begriff und Rechtsfolgen des Erlaubnistatbestandsirrtums	197
b) Die Abgrenzung zum Erlaubnisirrtum	199
IV. Die Rechtfertigung beim fahrlässigen Delikt	201
1. Die Identität der objektiven Rechtfertigungsvoraussetzungen	201
2. Die subjektiven Voraussetzungen der Rechtfertigung	202

15. Kapitel. Einverständnis, Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung

I. Das tatbestandsausschließende Einverständnis	204
II. Die Einwilligung	204
1. Die Anforderungen an die Willensentscheidung des Betroffenen	205
a) Rechtsnatur und Zeitpunkt	205

b) Einwilligungsfähigkeit	206
c) Inhalt der Einwilligungsentscheidung	207
d) Die Bedeutung von Irrtümern	209
e) Die Bedeutung von Zwang	211
2. Die Verfügungsbefugnis des Betroffenen	212
a) Die Beschränkung auf Individualrechtsgüter	212
b) Die Beschränkungen bei Leben und körperlicher Unversehrtheit	213
III. Die mutmaßliche Einwilligung	216
IV. Die sogenannte hypothetische Einwilligung	217

16. Kapitel. Notwehr und Notwehrexzess

I. Die Notwehr	220
1. Überblick und Grundgedanke	220
2. Die Notwehrlage	221
a) Der Angriff	221
b) Die Rechtswidrigkeit des Angriffs	224
c) Die Gegenwärtigkeit des Angriffs	225
3. Die Anforderungen an die Verteidigungshandlung	227
a) Eingriff in Rechtsgüter des Angreifers	228
b) Eignung zur Abwendung des Angriffs	229
c) Mildestes Mittel zur Abwehr des Angriffs	229
4. Die „sozialethischen Einschränkungen“ des Notwehrrechts	230
a) Allgemein geltende Einschränkungen des Notwehrrechts	231
b) Spezielle Einschränkungen für besondere Notwehrlagen	231
aa) Schuldlose Angriffe	231
bb) Provozierte Angriffe	232
cc) Angriffe innerhalb enger Lebensgemeinschaften	233
5. Die Anwendbarkeit der Notwehr auf hoheitliches Handeln	234
II. Der Notwehrexzess	236
1. Grundgedanke	236
2. Der Anwendungsbereich der Regelung	237

17. Kapitel. Rechtfertigender Notstand

I. Der Aggressivnotstand	239
1. Überblick	239
2. Die Notstandslage	239
a) Die Gefahr	239
b) Die Gegenwärtigkeit der Gefahr	240
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	241
a) Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr	241
b) Wesentliches Überwiegen der geschützten Interessen	242
aa) Die in die Abwägung einzubeziehenden Interessen	242
bb) Struktur und Gewichtung der abzuwägenden Interessen	243
cc) Die stets geltende Opfergrenze	244
c) Angemessenheit der Tat	245
aa) Die Verbindlichkeit von Kompetenzen und Verfahren	245
bb) Die Problematik des Nötigungsnotstands	246

II. Der Defensivnotstand	247
1. Die Notstandslage	248
a) Die einer Person objektiv zurechenbare Gefahr	248
b) Die Gegenwärtigkeit der Gefahr	248
2. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	250
a) Eingriff in Rechtsgüter des Verantwortlichen	250
b) Erforderlichkeit zur Abwehr der Gefahr	250
c) Kein wesentliches Überwiegen der beeinträchtigten Interessen	250
d) Angemessenheit	251
III. Beim Notstand auftretende allgemeine Probleme der Notrechte	253
1. Anwendbarkeit des Notstands auf hoheitliches Handeln?	253
2. Die Notstandsprovokation	253
3. Der Notstandsexzess	253

18. Kapitel. Die Schuldfähigkeit

I. Grundgedanke und gesetzliche Regelung	255
1. Die Schuldfähigkeit als Selbstbestimmungsfähigkeit	255
2. Die gesetzliche Regelung im Überblick	255
a) Schuldunfähigkeit wegen fehlender Reife	255
b) Schuldunfähigkeit wegen psychischer Störungen	256
II. Die Regelung der §§ 20, 21 StGB	256
1. Die Eingangsmerkmale	256
2. Einsichts- und Steuerungsfähigkeit	258
a) Die Entstehung der heutigen gesetzlichen Beschreibung der Schuldfähigkeit	258
b) Die Untauglichkeit der gesetzlichen Beschreibung der Schuldfähigkeit	258
c) Die Schuldfähigkeit als Fähigkeit zu einem verständigen Entscheidungsprozess	259
3. Die Feststellung der Schuldfähigkeit	261
III. Die actio libera in causa	262
1. Problem und grundsätzliche Lösungsmodelle	262
2. Die Strafbarkeit der actio libera in causa bei den Erfolgsdelikten	263
a) Der Einwand fehlender Kausalität	263
b) Der Einwand fehlenden Verwirklichungsbewusstseins	264
c) Ergebnis und Folgerungen	265

19. Kapitel. Die Möglichkeit zur Unrechtseinsicht

I. Entstehung und Grundgedanke des § 17 StGB	267
II. Der Begriff des Verbotsirrtums	268
1. Der Gegenstand des Unrechtsbewusstseins	268
2. Die Teilbarkeit des Unrechtsbewusstseins	268
3. Zweifel an der Rechtswidrigkeit	269
4. Das Unrechtsbewusstsein beim fahrlässigen Delikt	269
III. Die Vermeidbarkeit des Verbotsirrtums	270
1. Die Maßgeblichkeit des eigenen rechtlichen Wissens	270
2. Der Stellenwert fachkundiger Auskünfte	271

IV. Besonderheiten beim Handeln auf dienstliche Weisung	271
1. Die allgemeine beamtenrechtliche Regelung	271
2. Die Sonderregelung für Vollzugsbeamte	272
20. Kapitel. Die Zumutbarkeit	
I. Der entschuldigende Notstand (§ 35 StGB)	273
1. Der Grundgedanke der Regelung	273
2. Die Notstandslage	275
a) Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit	275
b) Gegenwärtigkeit der Gefahr	276
3. Die Anforderungen an die Abwehrhandlung	276
a) Die Person des Handelnden	276
b) Sachliche Voraussetzungen	277
4. Besondere Duldungspflichten	277
a) Verursachung der Notstandslage	277
b) Besonderes Rechtsverhältnis	278
c) Sonstige Fälle	278
5. Subjektiver Entschuldigungstatbestand und Irrtum	279
a) Der subjektive Entschuldigungstatbestand	279
b) Der Entschuldigungstatbestandsirrtum	280
c) Der Entschuldigungsirrtum	281
II. Weitere Entschuldigungsgründe?	281
1. Entschuldigung bei Gefährdung anderer Rechtsgüter?	281
a) Gewissensnot (Art. 4 GG)	281
b) Sonstige Notlagen	283
2. Entschuldigung anderer als nahestehender Personen?	284
21. Kapitel. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	
I. Strafausschließungsgründe und Bedingungen der Strafbarkeit	286
II. Als Bedingungen der Strafbarkeit ausgestaltete Unrechtsmerkmale	287
III. Als Strafausschließungsgründe ausgestaltete Entschuldigungsgründe	290
IV. Abhängigkeit der Strafverfolgung vom Willen des Verletzten	291
1. Strafantrag	291
2. Ermächtigung und Strafverlangen	292
V. Zeitliche Voraussetzungen von Verfolgung und Vollstreckung	292
1. Verfolgungsverjährung	292
2. Vollstreckungsverjährung	293
VI. Die (prozessuale) Abschtung geringfügigen Unrechts	294
22. Kapitel. Das Unterlassungsdelikt	
I. Die Regelung des § 13 StGB	298
II. Die Abgrenzung zwischen Begehungs- und Unterlassungsdelikten	300
1. Die Unterscheidung von Handeln und Unterlassen	300
2. Der Vorrang des Handelns vor dem Unterlassen	303
3. Die Begehung von Unterlassungsdelikten durch positives Tun	305
III. Das Unterlassen der Erfolgsabwendung	305
1. Der Begriff der Unterlassung	305

2. Die Kausalität der Unterlassung	306
3. Die objektive Zurechnung des Erfolgs zur Unterlassung	309
IV. Die Verpflichtung zur Erfolgsabwendung	309
1. Überwachergaranten	309
a) Aus einer gegenwärtigen Herrschaftsbefugnis resultierende Pflichten	309
b) Aus einem gefahrbegründenden Vorverhalten resultierende Pflichten	311
c) Übernahme einer Überwachungsfunktion	314
2. Beschützergaranten	315
a) Familiäre Verbundenheit	315
b) Amtliche Schutzpflichten	317
c) Übernahme einer Schutzfunktion	318
V. Der subjektive Tatbestand des Unterlassungsdelikts	321
VI. Die Rechtfertigung des Unterlassungsdelikts	322
1. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	322
2. Rechtfertigender Notstand	323
a) Der Regelfall des Defensivnotstands	323
b) Der Ausnahmefall des Aggressivnotstands	324
c) Die sogenannte Zumutbarkeit als Anwendungsfall des rechtfertigenden Notstands	325
3. Die rechtfertigende Pflichtenkollision	326
VII. Die Schuld des Unterlassungsdelikts	328

23. Kapitel. Versuch und Vorbereitung

I. Der Versuch	332
1. Der Strafgrund des Versuchs	332
2. Die gesetzliche Regelung der Versuchsstrafbarkeit	334
a) Beschränkung auf bestimmte Delikte	334
b) Fakultative Strafmilderung und Rücktrittsmöglichkeit	335
c) Die Unternehmensdelikte	336
3. Der Aufbau der Versuchsprüfung	337
4. Die Voraussetzungen des Tatentschlusses	338
a) Der Inhalt des Tatplans – Abgrenzung zum Wahndelikt	338
b) Die Entschlossenheit zur Verwirklichung des Tatplans	342
5. Das unmittelbare Ansetzen zur Tatbestandsverwirklichung	342
a) Die Bestimmung des tatbestandlichen Verhaltens	342
b) Die Unmittelbarkeit des Ansetzens	347
II. Vorbereitung	350
1. Formelle Vorbereitungsstrafbarkeit	350
2. Materielle Vorbereitungsstrafbarkeit	351

24. Kapitel. Der Rücktritt vom Versuch

I. Grundlagen	354
1. Die Gründe der Straffreiheit	354
2. Die Rechtsnatur und die Rechtsfolgen des Rücktritts	356
II. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1 Var. 1 StGB	358

1. Das Aufgeben der weiteren Tatausführung	358
a) Unvollständigkeit der bisherigen Tatausführung (Abgrenzung zum beendeten Versuch)	359
aa) Maßgeblichkeit des einzelnen Ausführungsakts	359
bb) Maßgeblichkeit der Tätervorstellung	361
b) Möglichkeit weiterer Tatausführung (Abgrenzung zum fehlgeschlagenen Versuch)	362
c) Das Erfordernis eines endgültigen Aufgebens	364
d) Das Aufgeben beim Unterlassungsdelikt	364
2. Die Freiwilligkeit	365
a) Der Begriff der Freiwilligkeit	365
b) Freiwilliges Aufgeben der Tatausführung	367
c) Unfreiwilliges Aufgeben der Tatausführung	368
aa) Wesentlich erhöhte Kosten der Tat	368
bb) Entfallener oder wesentlich verminderter Nutzen der Tat	369
cc) Eintritt von Selbstbestimmungsunfähigkeit	370
3. Das freiwillige Aufgeben der weiteren Tatausführung beim vollendeten Delikt	371
III. Der Rücktritt nach § 24 I S. 1 Var. 2 und S. 2 StGB	372
1. Das systematische Verhältnis von § 24 I S. 1 Var. 2 und § 24 I S. 2 StGB	372
2. Das ernsthafte Bemühen um Verhinderung der Vollendung	373
a) Durch aktives Tun	373
b) Durch Unterlassen	375
3. Die Freiwilligkeit	377
IV. Das systematische Verhältnis der beiden Rücktrittsalternativen	379

25. Kapitel. Die Grundstruktur der Beteiligungsformen

I. Überblick	381
II. Die Struktur der mittelbaren Täterschaft	383
1. Die mittelbare Erfolgsverursachung	383
2. Ausdehnung auf verhaltensgebundene Delikte?	384
3. Besondere Pflichtenstellungen	385
4. Weitere Strafbarkeitsvoraussetzungen	385
III. Die Struktur der Mittäterschaft	386
1. Zurechnung gemeinschaftlichen Handelns	386
2. Persönlich zu erfüllende Strafbarkeitsvoraussetzungen	387
a) Besondere Pflichtenstellungen	387
b) Subjektive Strafbarkeitsvoraussetzungen	388
3. Die Möglichkeit isolierter Mittäterschaft	389
IV. Struktur und Funktion der Teilnahme	389
1. Akzessorietät und Strafgrund der Teilnahme	389
2. Besondere persönliche Merkmale	392
a) Die Systematik des § 28 StGB	392
aa) Strafbegründende Merkmale (§ 28 I StGB)	392
bb) Strafmodifizierende und -ausschließende Merkmale (§ 28 II StGB)	394
b) Der Begriff des besonderen persönlichen Merkmals	396

aa) Besondere Pflichtenstellungen	396
bb) Besondere Beweggründe	397

26. Kapitel. Die Mittäterschaft

I. Die Gemeinschaftlichkeit des Handelns	401
1. Der verbindende Tatplan („gemeinsamer Tatentschluss“)	401
2. Die Möglichkeit der Verbindung bei den Fahrlässigkeitsdelikten	402
3. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Handlung	404
4. Die Ausgrenzung von Exzesshandlungen	405
5. Die sukzessive Mittäterschaft	406
II. Das erforderliche Maß der Beteiligung	406
1. Die subjektive Täterlehre	407
a) Die Dolustheorie	407
b) Die Interessentheorie und die heutige Rechtsprechung	408
2. Die Tatherrschaftslehre	409
3. Tatherrschaft aufgrund interner Entscheidungszuständigkeit	411
4. Mittäterschaft aufgrund von normativer Entscheidungszuständigkeit	413
III. Der subjektive Tatbestand der Mittäterschaft	415
IV. Mittäterschaft und Unterlassen	415
1. Gemeinschaftliches Unterlassen	415
2. Beteiligung an einem Unterlassungsdelikt durch Handeln	416
3. Beteiligung an einem Begehungsdelikt durch Unterlassen	416
V. Der Aufbau einer Mittäterschaftsprüfung	417

27. Kapitel. Die mittelbare Täterschaft

I. Die Notwendigkeit eines Willensmangels des Tatmittlers	420
II. Das aufgrund eines Irrtums handelnde Werkzeug	421
1. Die unterschiedlichen Irrtümer	421
a) Das tatbestandliche Unrecht ausschließende Irrtümer	421
b) Schuld- und strafzumessungsrelevante Irrtümer	423
c) Sonstige Irrtümer	424
2. Notwendigkeit einer Täuschung?	425
3. Irrtümliche Selbstschädigung	426
III. Das unter rechtswidrigem Zwang handelnde Werkzeug	427
1. Intensität des Zwangs	428
a) Rechtfertigender Zwang	428
b) Entschuldigender Zwang	428
c) Sonstiger rechtswidriger Zwang	428
2. Verantwortlichkeit für den Zwang	429
3. Erzwungene Selbstschädigung	430
IV. Das in seiner Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigte Werkzeug	431
1. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund psychischer Krankheit ..	431
2. Mangelnde Entscheidungsfähigkeit aufgrund fehlender Reife	432
V. Werkzeuge ohne Willensmängel?	433
1. Austauschbares Werkzeug?	433
2. Ohne eine erforderliche Absicht handelndes Werkzeug?	434
3. Ohne Täterqualifikation handelndes Werkzeug?	435

VI. Der subjektive Tatbestand der mittelbaren Täterschaft	435
VII. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen	437

28. Kapitel. Die Teilnahme

I. Die teilnahmefähige Haupttat	439
1. Der Begriff der rechtswidrigen Tat	439
2. Der Begriff der vorsätzlichen Tat	439
a) Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen als Haupttat	439
b) Im Erlaubnistatbestandsirrtum begangene Haupttat	440
3. Ungeschriebene Anforderungen an die Haupttat	441
II. Die Anstiftung	443
1. Das Verursachen des Tatentschlusses	443
a) Begriff und Feststellung der Kausalität	443
b) Die Identität des Tatentschlusses	445
2. Die Anstiftungshandlung	446
a) Der Rat zur Begehung der Tat	446
b) Bestimmtheit des erteilten Rates	448
c) Abweichung von dem erteilten Rat	448
3. Der subjektive Tatbestand der Anstiftung	449
III. Die Beihilfe	452
1. Der Begriff des Hilfeleistens	452
2. Die Abgrenzung zum versuchten Hilfeleisten	454
3. Besondere Formen der Hilfeleistung	455
a) Die psychische Beihilfe	455
b) Beihilfe durch Alltagshandlungen	456
c) Sukzessive Beihilfe	458
4. Der subjektive Tatbestand der Beihilfe	459
5. Beihilfe durch Unterlassen	460

29. Kapitel. Versuch und Vorbereitung bei mehreren Tatbeteiligten

I. Versuchte mittelbare Täterschaft	462
II. Beteiligung am Versuch	464
1. Versuchte Mittäterschaft	464
a) Die versuchte Mittäterschaft als täterschaftliche Beteiligung am Versuch	464
b) Der Beginn des Versuchs der gemeinsamen Tat	466
c) Der Aufbau der versuchten Mittäterschaft	467
2. Die Teilnahme am Versuch	467
3. Der Rücktritt von der Beteiligung am Versuch (§ 24 II StGB)	469
a) Der Ausschluss des Rücktritts durch Aufgeben der weiteren Tatausführung	469
b) Der Rücktritt bei einer vom Tatbeitrag unabhängigen Vollendung	470
c) Die Abgrenzung zu der Regelung des § 24 I StGB	471
III. Versuch der Beteiligung (§§ 30, 31 StGB)	472
1. Ursprung und Grundgedanke des § 30 StGB	472
2. Die einzelnen Beteiligungshandlungen	473
a) Versuchte Anstiftung zum Verbrechen (§ 30 I und II Var. 2 StGB)	473

b) Verabredung eines Verbrechens (§ 30 II Var. 3 StGB)	475
c) Bereiterklären zu einem Verbrechen (§ 30 II Var. 1 StGB)	476
3. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung (§ 31 StGB)	478

30. Kapitel. Die echte Konkurrenz (Tateinheit und -mehrheit)

I. Begriff und Funktion der Konkurrenzlehre	480
II. Die gesetzliche Regelung der §§ 52–55 StGB	481
1. Die Tatmehrheit	481
2. Die Tateinheit	482
3. Reformüberlegungen	483
III. Die Unterscheidung zwischen Tateinheit und Tatmehrheit	484
1. Eine Handlung im natürlichen Sinne	484
2. Tatbestandliche Handlungseinheit	485
3. Natürliche Handlungseinheit	487
a) Bei mehrmaliger Verwirklichung des gleichen Tatbestands	487
b) Bei Verwirklichung unterschiedlicher Tatbestände	487
c) Zwischen Handeln und Unterlassen	488
4. Die fortgesetzte Tat	489
IV. Hinweise für die Fallbearbeitung	489

31. Kapitel. Die scheinbare Konkurrenz (Gesetzeseinheit)

I. Grundgedanke und Überblick	491
II. Die Funktionen der Gesetzeseinheit	491
III. Die Erscheinungsformen der Gesetzeseinheit	492
1. Die Spezialität	492
2. Die Subsidiarität	494
3. Die Konsumtion	496
4. Die gleichartige Gesetzeseinheit	498

Allgemeine Hinweise zu den Aufbauschemata	502
Verzeichnis der Aufbauschemata	503

Sachverzeichnis	505
---------------------------	-----